

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:

0056/2009/AN

Antragsteller: B'90/Grüne, CDU

Antragsdatum: 03.06.2009

Federführung:

Dezernat I, Kämmereiamt

Beteiligung:

Betreff:

**Fördermittel der Europäischen Union, der
Bundesregierung und der Landesregierung für
Heidelberg nutzbar machen**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 17. März 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	02.07.2009	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss		Ö		
Gemeinderat		Ö		

Antrag Nr.:

0056/2009/AN

00197247.doc

...

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 02.07.2009

Ergebnis: verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss

Abbildung des Antrages:

03 Jun 2009 11:14	CDU FRAKTION HEIDELBERG	06221164843	S. 1
-------------------	-------------------------	-------------	------

Gemeinsamer Antrag Bündnis 90/Grüne- und CDU-Gemeinderatsfraktion

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner
Rathaus

Fax: 5810590

01/OB-Referat SD			
03. JUNI 2009			
01	GR	BB	Proto

28. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Fördermittel der Europäischen Union, der Bundesregierung und der Landesregierung für Heidelberg nutzbar machen

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen (lfd. Nr. 007 neu) hat die Verwaltung angekündigt, die Aufgabe stadintern besser zu organisieren und eine zentralisierte Zuschussbearbeitung und die Nutzung von Synergieeffekten zu erreichen.

Die Unterzeichner bitten die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zum Stand der Organisation und um eine Auflistung der im Jahr 2008 für die Stadt Heidelberg eingeworbenen Fördermittel aus Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Baden-Württemberg.

Die Verwaltung solle sich schwerpunktmäßig mit der Fördermitteleinwerbung aus der EU befassen, da auf diesem Feld vermutlich viel Geld an Heidelberg vorbeifließt. Das Regelsystem ist so kompliziert, dass die Einwerbung der Mittel nicht „nebenher“ betrieben werden kann. Diese für die Stadt sehr wichtige Aufgabe sollte professionell erfolgen, am besten im Europabüro von einem Europaexperten, der ggf. fachlich dem Kämmereramt untersteht. Das Europabüro in Mannheim zeigt, dass man bereits im ersten Jahr ein Mehrfaches an Mitteln einwerben kann, als man für das Europabüro selbst ausgibt.

Heidelberg solle sich für die Fördermitteleinwerbung Verbündete, wie etwa die Metropolregion Rhein-Neckar suchen, die gut mit den anderen Städten und Gemeinden abgestimmt für die gesamte Region agieren könnte. Gute Ansprechpartner in Brüssel sind das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen sowie die Landesvertretung Baden-Württemberg gegenüber der EU. Die Metropolregion Stuttgart arbeitet sogar mit einem eigenen Büro in Brüssel. Diesen Weg sollte man in der Metropolregion Rhein-Neckar zumindest erwägen.

Die notwendigen Unterschriften sind beigegefügt.

**gezeichnet B'90/Grüne-Fraktion,
gezeichnet CDU-Fraktion**